Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 18. Abonnement vierteljährlich 3 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzelne Numm. 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Lafitte, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 2 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Lehr-Institut
für
Zuschneidekunst aller Damen-Garderobe
von
Franziska Rusch,
Altmarkt, Badergasse 1, II., gegenüber Hrn. Kfm. Renner.
Unterricht im Massnehmen, Schnittzeichnen, Einrichten und Schneidern. Vollständige Ausbildung für Lehrerinnen und Directricen.

Eine sehr leistungsfähige Cig.-Fabr. empfiehlt als besonders preiswerth und selten eine tadellose
Java-Cigarre
mit gem. amerik. Einlage, à M. 25, in grösseren Posten pr. Casse oder bei passenden Referenzen gegen 3 Monats-Tratte. Die übrigen Sorten bewegen sich in der Preislage von M. 15 bis M. 110 pro Mille. Probezehntel unter Nachn. Briefe unter W. E. 853 an Haasenstein u. Vogler, Dresden erb.

Magazin für Damen zum Guten Einkauf
empfiehlt
Neuheiten zu Frühjahrskleidern
anerkannt **billigste** und **reellste** Quelle. 20 bis 30 % billiger als sonst irgendwo
Seestrasse Nr. 4, eine Treppe.

Nachttelegramme. Berlin. Der dem Reichstag zugegangene Antrag Windthorst's gegen den Fürstenmord war von 276 Abgeordneten aller Parteien und Gruppen unterzeichnet worden.

Wien. Die Vermählung des Kronprinzen findet am 10. Mai statt.

Petersburg. Der Prozeß Russakoff's ist auf den 7. ds. anberaumt.

Paris. Gestern fand ein lebhafter Zusammenstoß zwischen den zum Schutze der Algerienstämme abgeschickten Truppen und den Tunesen statt. Die tunesischen Behörden lehnten jede Ermittelung der Schuldigen ab.

Nr. 92. | Witterung vom 1. April: Barometer nach Oskar Böhold, Wallstraße 19, (Mittags 6 U.) 753 Mill., seit gestern 1 Mill. gefallen, Thermometer tags. n. Reaum.: 6½° W., niedr. Temp. 2° R., höchste Temp. 10° W. Dr. Wind: Süder. | Aussichten für den 2. April: Allmählige Bewölkungszunahme, meist trocken, tags mild. | **Sonnabend, 2. April.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Die Dynamitkommission des Reichstages hat sich entschlossen, jede Anregung wegen gesetzlicher Regelung der Fabrikation, des Verkaufes und des Verkehres mit Sprenggeschossen fallen zu lassen, sich vielmehr nur auf die Herbeiführung internationaler Vereinbarungen bezüglich Mord und Mordversuches gegen auswärtige Staatsoberhäupter zu beschränken. Nach gründlicher Besprechung trug ein Antrag des Abg. Windthorst den Sieg davon, der sich auf den Boden des in Deutschland geltenden Rechtes stellt. Er geht dahin:

„Den Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Vereinbarung mit den Regierungen der übrigen Staaten hinzuwirken, wodurch jeder solcher Vereinbarung beitretende Staat sich verpflichtet: 1) den Mord oder den Versuch des Mordes, welcher am Staatsoberhaupt eines der vertretenen Staaten verübt worden ist; 2) die zwischen Mehreren getroffenen Verabredungen zu dem unter 1 bezeichneten Verbrechen, auch wenn es zum Beginn dieses Verbrechens nicht gekommen ist; 3) die öffentliche Aufforderung zu dem unter 1 bezeichneten Verbrechen sowohl gegen seine eigenen Angehörigen als auch gegen die in seinem Gebiete sich aufhaltenden Fremden mit Strafe zu bedrohen; 4) einen in seinem Gebiete sich aufhaltenden Ausländer, der das unter 1 bezeichnete Verbrechen begangen hat, auf Ansuchen der Regierung seines Heimathsstaates an letzteren auszuliefern".

Die Mehrheit des Reichstages ist diesem Antrage gewiß, auch der Reichskanzler Fürst Bismarck wird ihm zustimmen und sich bescheiden, daß er ein Mehreres nicht zu erreichen vermag. Namentlich mußte sein Sohn, Graf Wilhelm, darauf verzichten, auch noch eine ganz andere Reihe von politischen Vergehen zum Gegenstande internationaler Vereinbarungen zu machen. Vielmehr wird der Reichskanzler sich nunmehr mit anderen Staaten in Unterhandlungen einlassen, um Das, was in Deutschland Rechtens ist, zum allgemeinen Völkerrecht zu machen. Der Windthorst'sche Antrag hat den Vorzug, sich maßvoll auf den Boden des Thatsächlichen und Erreichbaren zu stellen. Er vereitelt den Versuch der Russen, für die Sünden ihres eigenen Regierungssystems das abendländische Europa in Bewegung zu setzen, den Zustand des öffentlichen Rechtes in Europa auf das tiefe Niveau des Moskowiterthums herabzudrücken und die Knute als Haupterziehungsmittel der gebildeten Nationen zu empfehlen. Windthorst's Antrag wahrt also den Zustand des öffentlichen Rechtes namentlich in Deutschland, er behütet auch den Fürsten Bismarck vor einem diplomatischen Fiasko. Denn Das, was Windthorst's Antrag verlangt, können England, Frankreich, die Schweiz und zuletzt gewiß auch Nordamerika unbedenklich zugestehen, während sie darüber hinausgehende Zumuthungen Bismarck's sicherlich ablehnen würden. Sache dieser Staaten wird es unbedingt sein, die Fremdenpolizei energischer zu handhaben, als seither geschah. So wird die Regierung des Kanton Genf ausdrücklich von der eidgenössischen Bundesbehörde in Bern bezichtigt, die letzten russischen Attentate durch Pflichtversäumniß erleichtert zu haben. Die Genfer Regierung glaubte bisher dem Treiben der russischen Emigranten ganz ruhig ansehen zu dürfen. Das muß anders werden und zwar bald. Die Schlupfwinkel der Banditen verdienen keinen Augenblick mehr Schonung.

Als gewandter Dialektiker unternahm im Reichstage der Abg. Bebel, den Versuch, jede Gemeinschaft der gemäßigten Sozialdemokraten mit der Marat-Partei Most's und Hasselmann's abzuleugnen. Das ist ihm schlecht genug gelungen; die Gemäßigten können die Draufgänger vom Schlage Most's eben nicht von ihren Rockschößen abschütteln, so beschwerlich sie auch fallen. Es steht eben fest, daß das amtliche Organ auch der „Gemäßigten" den Fürstenmord verherrlicht. Bebel hoffte damit große Erfolge zu erzielen, als er erzählte, daß auch Edelleute und Priester Königsmörder waren und daß in den Lehrbüchern der Jesuitenmoral der Königsmord als unter Umständen erlaubt hingestellt wird. Das ist eine sehr alte Weste. Damit wird aber die Thatsache nicht aus der Welt geschafft, daß in neuerer Zeit die Fürstenmörder ausschließlich aus den Reihen der sozialistisch vergifteten Revolutionäre hervorgingen. Hiergegen sich zu schützen, ist ein simpler Akt der Nothwehr. Der Zufall wollte es, daß, als Bebel die Frage der Berechtigung des Fürstenmordes als mindestens offen behandelte, die kaiserliche Loge sich mit einer Anzahl fürstlicher Personen füllte, die auf der Heimreise von den Petersburger Beisetzungsfeierlichkeiten begriffen waren. Die „Nat.-Ztg." richtet an den Abg. Bebel anläßlich seiner dialektischen Spielerei mit der Berechtigung des Tyrannenmordes die naheliegende Gegenfrage: ob nicht dieselbe Befugniß, die ein Fanatiker der Revolution gegen einen Herrscher in Anspruch nimmt, ein Fanatiker der Ordnung sich gegen einen demokratischen Tribunen zuschreiben könnte? Man hat Beides schon gesehen, die Beispielsammlung des Herrn Bebel ließe sich in dieser Richtung sehr erheblich vermehren. Das eben ist die moralische Krankheit der Sozialdemokratie, daß sie mit dem Gedanken des Verbrechens spielt, daß ihr jeder Ernst der Staatsordnung gegenüber fehlt. Deshalb erscheinen auch die Bekreuzungen der Herren Auer und Bebel vor Most und Hasselmann, welche das Spiel nur etwas ernster treiben, mit einer ziemlichen Lage von Pharisäismus überzogen. Der Reichstag faßte bei dem Nachweise der Denkschrift des Bundesrathes Beruhigung, daß es noch nicht an der Zeit sei, die scharfe Waffe des Sozialistengesetzes unters alte Eisen zu werfen. Auch fand die Anregung der Sozialdemokraten, jenes Gesetz auch gegen die Antisemitenbewegung anzuwenden, nirgends außer bei der verjudeten Fortschrittspartei und den Freihändlern Anklang. Die Sozialdemokraten sollten sich vielmehr freuen, daß in der christlich-sozialen Bewegung ein Weg gezeigt wird, der unbarmherzig ausbeutenden Wirthschaft des Großkapitals zu begegnen. Wäre es den Sozialdemokraten wirklich nur um die Besserung der Lage der Arbeiter und der kleinen Gewerbsleute zu thun, dann müßten sie sich freuen über jede Besserung, welche deren Lage zu Theil wird; aber nein — sie spekuliren bekanntlich so: es darf diesen Leuten von den jetzigen Gesellschaftsklassen keine Hilfe werden, diese Leute müssen erst zum vollen Elend und zur vollen Verzweiflung gebracht werden, erst dann sind sie unser! Der durch Wucherthum ruinirte Bauer und der durch die gewerbefreiheitlichen Magazine um sein eigenes Geschäft gebrachte Handwerker, der auch noch vor Gericht nichts gegen die Wucherer ausrichten konnte, weil das Gesetz ihn schützte, war die sicherste Beute der Sozialdemokratie. Drum ist den Sozialdemokraten nichts so unleidlich, als die jetzige soziale Politik des Reichskanzlers, der trotz einzelner Mißgriffe z. B. im Staatswesen, die Lage der Arbeiter und des Mittelstandes zu verbessern sucht, und deshalb ist ihnen auch die christlich-soziale Bewegung ein Dorn im Auge und sie denunziren sie als „Klassenfeindschaft". Wird den Sozialdemokraten und ihren besten Freunden den Juden, aber nicht viel helfen.

Hamburg kapitulirt! Das ist die große Neuigkeit des Tages. Der Senat hat begriffen, daß die Freihafenstellung der Hansestädte nicht länger mehr in der jetzigen Gestalt aufrecht zu erhalten ist. Er hat seine Einwilligung zu dem Eintritt Hamburgs erklärt und fordert die Bürgerschaft (wie man dort die Stadtverordneten nennt) auf, auch ihrerseits mehrere Mitglieder zu benennen, um gemeinschaftlich die Details des Zollanschlusses zu regeln. Das wird natürlich in vertraulichen Besprechungen geschehen. Die Unterwerfung Hamburgs unter den Willen Deutschlands darf natürlich bei der mächtigen Gegenströmung, die unleugbar in Hamburg vorhanden ist, noch nicht offiziell zugestanden werden, aber thatsächlich vorhanden ist sie doch. Nur hüte man sich in Hamburg vor der Einbildung, als könne man den Eintritt in den Zollverein dadurch hintertreiben, daß man sich nur scheinbar in Unterhandlungen einläßt und sie so führt, daß sie scheitern müssen. So, wie es jetzt ist, daß Hamburg zu gleicher Zeit das Ausfallsthor des Auslandes gegen Deutschland, eine riesige Werkstätte für Wein-, Spiritus- und Kaffeeverfälschungen und ein großes Schmuggelnest ist, wird's sicher nicht bleiben. Deutschland hingegen wird Nichts thun dürfen, um den Welthandel Hamburgs, diesen seinen Lebensnerv, zu lähmen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 1. April.

Berlin. Reichstag. Erste Berathung des Arbeiter-Unfallversicherungs-Gesetzes. Fürst Bismarck, der heute seinen 66. Geburtstag feiert, ist nicht anwesend. Bamberger: Der Entwurf hat die falsche Richtung so scharf eingeschlagen, daß damit der richtige Weg deutlich zur Erkennung gelangt. Eine größere Zahl von Unfallversicherungs-Gesellschaften habe eine große Wirksamkeit entfaltet und es liege kein Grund vor, von dem bisherigen Wege abzuweichen, die ganze Basis der bisherigen Gesetzgebung umzuwerfen. Man vernichte damit die Existenz großer Institute, die erst durch die Gesetzgebung ins Leben gerufen wurden. Er stellt an dem Entwurfe aus, daß ganze Erwerbsklassen ausgeschlossen werden sollen, daß die Vergütung erst vier Wochen nach erfolgter Arbeitsunfähigkeit eintreten soll und daß dem Bundesrath die Entscheidung über die Höhe der Pensionssätze, über die Klassificirung der Gefahr u. s. w. überlassen bleiben solle. Der Volkswirthschaftsrath habe dem Reichstage die Arbeit auch nicht erleichtert; seine Protokolle seien ein wüstes, ödes Gestrüpp, aus dem sich Niemand herausfinden könne. Wie ganz anders arbeiteten die gleichen Corporationen Frankreichs und Englands. Ein großer Theil der Volkswirthschaftsrathsmitglieder verstünden gar nichts von der Sache. Er verurtheilt sodann die Vorlage prinzipiell und zwar als eine sozialistische. Wenn der Sozialismus Boden erlange, so treffe die Verantwortung dafür die Reichsregierung. Die Motive sagten: man müsse durch positive Maßregeln beweisen, daß der Staat nicht blos für den Reichen da ist. Dieser Gedanke herrschte in Griechenland und Rom zur Zeit des Verfalls jener Länder. Sozialistisch sei die Sprache gegen den Kapitalismus, besonders gegen die Börse, dessen minder guten Theile man die Früchte der Schutzzölle und der Eisenbahnverstaatlichung zugeworfen. Ging man nicht zu den „Gurgelabschneidern", um vierzehn Millionen Mark an Steuern zu erlassen? Er denkt sich den Staat als Nachtwächter, der nur für die Sicherheit zu sorgen hat. Die Socialdemokratie sei viel consequenter, als Bismarck; wenn er die socialistischen Grundgedanken nicht für Utopien hielte, würde er sich Bebel anschließen. Er hofft, daß wenigstens die socialistische Tendenz, wonach das Reich zu einer großen Armenversorgungsanstalt gemacht werden soll, aus dem Entwurfe beseitigt werde. v. Marschall: Es müsse etwas Positives für die Arbeiter geschehen. Die bisherige Gesetzgebung reichte nicht aus. Die Actiengesellschaften verfolgten ganz andere Ziele, als zwischen Arbeitern und Arbeitgebern einen Ausgleich zu schaffen. Die Versicherung wird nur allgemein, wenn sie obligatorisch ist. Centralisation sei nöthig, wenn der Arbeiter nicht verhindert werden soll, seine Kraft da zu verwenden, wo er sie am Nutzbringendsten verwerthen kann. Die Centralisation braucht aber nicht eine so monopolistische zu sein, wie sie der Entwurf wolle; nur ein reichsgesetzlicher Abschluß sei nöthig. Solle man den Industrien das abnehmen, was sie selbst leisten können? Die Versicherung sei am besten Genossenschaften zu überlassen, von denen heute schon einige segensreich wirkten. Jedenfalls müsse aber etwas zu Stande gebracht werden. Er wünsche, daß alle Arbeiter mit Beiträgen herangezogen werden, damit der Charakter der Selbsthilfe gewahrt werde. v. Hertling (Centrum) will Versicherungszwang. Die Industrie müsse aber für sich selbst aufkommen und nicht einen Theil der Produktionskosten auf Dritte abwälzen. Die Versicherung dürfe keine Armenunterstützung werden; der Pensionär dürfe nicht mit den Arbeitsscheuen verwechselt werden. Er ist für Beitragspflicht der Arbeiter, wodurch denselben ein Antheil an der Verwaltung garantirt und der Charakter der Armenunterstützung noch mehr beseitigt werde. Er ist entschieden gegen eine Reichs-Versicherungsanstalt, die nur eine große Schablone sein könne und vor Allem jede autonome Entwickelung auf diesem Gebiete absorbiren würde. Er weist auf die neu zu schaffenden Innungen und andere Corporationen hin, denen man mit dem Versicherungswesen eine hohe Aufgabe überweisen solle. Die Gesetzgebung habe Versicherungszwang auszusprechen und Normativbestimmungen aufzustellen. Möge man nicht glauben, durch einseitige Stärkung der Centralgewalt der sozialen Revolution vorzubeugen. Oechelhäuser (nat.-lib.) ist mit dem Grundgedanken der Vorlage einverstanden, glaubt, daß ein Beitrag des Reichs nicht zu umgehen sein wird, wünscht aber, daß die Beiträge der Arbeitgeber nicht zu hoch normirt, lieber die Ziele des Gesetzes etwas herabgesetzt werden. Winterer (Elsässer) gegen die Vorlage, als über das Ziel hinausschießend. Fortsetzung morgen. — Die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht von der bevorstehenden Verlobung des Prinzen Heinrich von Preußen ist erfunden. — Der Bundesrath beräth morgen den Anschluß Altonas und der Unterelbe an das Zollgebiet. — Eine gestern Abend stattgefundene Versammlung des antisemitischen sozialen Reichsvereins (Henrici) wurde polizeilich aufgelöst, weil ein Sozialdemokrat zum Wort gekommen war.

Berliner Börse. Die Hausse machte bei überaus lebhaftem Verkehr weitere Fortschritte. In politischer Beziehung herrscht eine sehr zuversichtliche Auffassung. Credit und Franzosen je 5, Lombarden 4 Mk. besser. Bahnen fest, österreichische belebter. In Prioritäten war ein bedeutendes Geschäft. In deutschen Fonds gute Umsätze; fremde dergl. hatten zwar nicht den ausgedehnten Umsatz der letzten Tage, doch stellten sich die Course vielfach höher. Banken erzielten gleichfalls Besserungen, Diskonto-Gesellschaft und Dresdner Bank je 2½, Deutsche ½ Proc. höher. Bergwerke fest und steigend; Laura 1, Dortmunder ½ Proc. besser. Auch Industrien vielfach höher, so Lauchhammer (+ 3 Proc.), Solbrig (2½ Proc.)

Konstantinopel. Die Türkei erkannte das Königreich Rumänien an. Die definitive Antwort der Mächte auf der Grenztrace wird frühestens in 10 Tagen erwartet.

Lokales und Sächsisches.

— Die königl. Majestäten gedenken nächste Mittwoch das Hoflager nach der k. Villa in Strehlen zu verlegen; die prinzlich Georg'schen Herrschaften werden das Osterfest noch in der Residenz verbringen, ehe sie die Villa in Hosterwitz beziehen.

— Gestern Vormittag beehrte J. M. die Königin die 1. Bürgerschule mit einem längeren Besuche, um der Prüfung der 1. Mädchenklasse in Geographie, Geschichte, Französisch und Gesang beizuwohnen. Nach Schluß der mündlichen Prüfung nahm die Königin in Begleitung des Herrn Oberbürgermeister Dr. Stübel, Stadtrath Heubner und Schulrath Berthelt die Ausstellung weiblicher Handarbeiten in Augenschein und sprach hierauf dem Direktor der Anstalt, Herrn Heger, ihre volle Zufriedenheit aus.

— Ernennungen. Landgerichts-Präsident Ed. Werner in Freiberg ward in gleicher Eigenschaft nach Leipzig versetzt, Amtsrichter Th. Grosse als Richter nach Freiberg, Landgerichtspräsident Degner in Leipzig zum Senatspräsidenten am dortigen Oberlandesgericht, der Rath Just von dort als Landgerichtspräs. nach Freiberg, Appellationsrath Seyfert in Dresden vom Landgericht zum Oberlandesgericht, Amtsrichter Kurtz von Dresden nach Plauen als Landgerichtsdirektor, Landgerichtsrath von Kyaw als Amtsrichter an das Amtsgericht Dresden versetzt. Zu Räthen wurden ernannt die Amtsrichter Dr. Kind-Dresden, Adolf Höfer-Dresden, Holm von Dieskau-Freiberg, zum Amtsrichter in Altenberg Assessor Bischoff vom Amtsgericht Ebersbach.

— Dem ersten Registrator bei dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, Moritz Hollmann, ist nach 25jähriger Amtirung das Prädikat „Kanzleisekretär" ertheilt worden.

— Der Königl. Ministerial-Bauinspektor Ludwig Philipp Edmund Hacault in Dresden ist zum Königl. Baudirektor ernannt worden.

— Eine verdiente Auszeichnung wurde dem Erbauer des Carolahauses, Herrn Stadtbaurath Friedrich, zu Theil: er erhielt das Albrechtskreuz 1. Klasse. Der an demselben Bau thätige Architekt Elzner erhielt von diesem Orden die 2. Klasse. Hr. Elzner begiebt sich, um Studien zu machen, nach Amerika.

— Zu Folge einer von 782 Landgemeinden unterzeichneten Petition ward vom Landtage des Jahres 1877 der Einführungstermin des obligatorischen Turnunterrichtes bis zu Ostern 1883 verlängert. Dieser Termin rückt näher und es liegt zwischen demselben nur noch ein Landtag, in welchem die Frage nochmals in Berathung gezogen werden könnte. Deshalb haben sich die Schulvorstände einer großen Anzahl Landgemeinden zu einer nochmaligen Petition an das kgl. Ministerium zusammengethan, damit dasselbe den beabsichtigten Gesetzentwurf dem nächsten Landtag nochmals vorlegt und dahin wirkt, daß der Turnunterricht in den kleineren Gemeinden auf dem platten Lande nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ werde, d. h. fakultativ für die Gemeinden, nicht für die Kinder. Die Petition weist darauf hin, daß auf dem Dorfe die Kinder an kräftigender Bewegung nie Mangel leiden, daß sie im Sommer meist nöthig zur Mithilfe in Wirthschaft und Feld gebraucht werden, daß das Geld, was für Anlage von Turnhallen oder mindestens gedeckten Turnplätzen nöthig wird, zu dringenden Bedürfnissen des ländlichen Schulunterrichts verwandt werden könne u. s. w. Dazu kommt noch, daß nach dem Schulgesetz auch die Mädchen zum Turnunterricht herangezogen werden sollen und da müsse denn freilich doppelter Turnunterricht eingerichtet werden, da aus Sittlichkeitsgründen die Knaben nicht mit den meist ärmlich, kurz und dünn gekleideten Mädchen gemeinsam turnen können, was wiederum kostspielig werden muß. Die Petition hat entschieden viel für sich. — Uebrigens werden auch an vielen Orten die Fortbildungsschulen in der obligatorischen Form als eine Last empfunden und wahrscheinlich wird auch eine praktische Reform durch Petitionen von verschiedenen Seiten angebahnt.

— 5 Minuten vor ½10 Uhr traten gestern die aus der Grenadier-Brigade neu gebildeten 6 Kompagnien des Regiments Nr. 133 unter Führung ihrer Offiziere und Unteroffiziere, welche bewaffnet waren (Mannschaften marschirten nur in Mütze, Uniform, mit gerolltem Mantel und Brodbeutel), an der Spitze die Leib-Grenadier-Regiments-Kapelle (Ehrlich) und eine große Suite berittener Offiziere, an der Auffahrt des Böhmischen Bahnhofes an. Zum letzten Mal hörten die scheidenden Kameraden beim Anmarsch nach dem Perron den stets gern gehörten Brigade-Marsch der Leibbrigade. Schnell waren die Mannschaften geordnet, das Gepäck vertheilt (der Bahnhof war zum Theil von einer Section Grenadiere besetzt), eingesetzt und 9 Uhr 40 Min. präcise führte ein Extrazug mit der Lokomotive „Freudenstein" unter dem Jubel des zahlreich erschienenen Publikums die schmucken Krieger in ihre neue Heimath Zwickau. Die Ankunft erfolgt 5 Uhr 40 Min. Nachmittag. — Auch die nach Leipzig zum 134. Infanterie-Regiment kommenden 3 Kompagnien vom Schützenregiment Nr. 108 fuhren gestern Morgen gegen 9 Uhr vom hiesigen Leipziger Bahnhofe ab, nachdem ihnen Herr Oberst v. Tschirschky beim Scheiden aus hiesiger Kaserne freundliche Abschiedsworte gewidmet und eine Anzahl Offiziere den scheidenden Herren Kameraden unter Vorantritt der Regimentsmusik das Geleite bis zum Bahnhofe gegeben hatte.

— Mit vorgestern traten die Ostern 1880 in den Militärstand eingetretenen Einjährig-Freiwilligen aus und gestern die auf die Zeit von 1881—82 im Examen bestandenen und zum einjährigen Dienste brauchbaren jungen Männer ein. Ebenso traten gestern eine große Anzahl zur Disposition Beurlaubter wieder ein.

— Das Königl. Finanzministerium läßt die Vorarbeiten zu einer Eisenbahn nach Moritzburg vornehmen. Abweichend von früheren Projekten soll diese Bahn von der Station Weintraube aus abzweigen und im Lößnitzgrund entlang nach dem Plateau von Eisenberg führen. Die Bahn wird eine eingeleisige Sekundärbahn sein und ihre Erbauungskosten im nächsten Staatsbudget stehen.

SLUB
Wir führen Wissen.